

## **Antrag zur Sitzung des Rates am 19.10.2000**

### **"Resolution und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt"**

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt zur Sitzung des Rates am 19.10.00 die Verabschiedung der folgenden Resolution gegen Rechtsextremismus und Gewalt und den Beschluß der im folgenden aufgeführten Maßnahmen:

#### **I. Resolution:**

Der Rat der Stadt Kreuztal verurteilt Anschläge und Übergriffe auf in Deutschland und in unserer Stadt lebende Migranten, Ausländer, andere Minderheiten und politische Andersdenkende durch rechtsextreme Gewalttäter.

Nicht erst die menschenverachtenden Geschehnisse in den letzten Wochen, durch die das Thema wieder verstärkt Aufmerksamkeit in den Medien erregt hat, sowie das zunehmend offene Auftreten rechter Gruppierungen und gewaltbereiter Schlägerbanden macht die Dringlichkeit deutlich, ein gemeinsames Handeln kommunaler und staatlicher Institutionen zu organisieren und die Bürgerinnen und Bürger zu aktivem Engagement aufzufordern. Mit großer Sorge müssen wir erkennen, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kein gesellschaftliches Randproblem sind, sondern ihre Wurzeln mitten in der Gesellschaft haben.

Auch im nördlichen Siegerland ist es in jüngster Vergangenheit wieder zu gewaltsamen Übergriffen gekommen, werden Menschen, die einer Minderheit angehören bedroht und beleidigt. Daher fordert der Rat der Stadt Kreuztal die Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv in ihrem Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Freizeit gegen rassistische und ausgrenzende Äußerungen Stellung zu beziehen, den betroffenen Menschen beizustehen und deutlich zu machen, dass wir nicht wegsehen und Diskriminierung und Gewalt nicht tolerieren.

II. Der Rat der Stadt Kreuztal beschließt konkrete Schritte und Maßnahmen einzuleiten um in Kreuztal ein Klima zu schaffen, in dem rechtsextreme Ideologien, Diskriminierungen und Gewalt nicht gedeihen können. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit dem Thema in den politischen Gremien sowie eine Offensive in der Bildungs- und Sozialpolitik sowie in der Jugendarbeit

#### **Dazu bitten wir folgende, erste Maßnahmen zu beschließen:.**

1. Das Thema Rechtsradikalismus und Gewalt soll Thema im nächsten Sozialausschuß werden. Dazu bitten wir eine/n MitarbeiterIn des in Siegen ansässigen Antidiskriminierungsbüros einzuladen, um dieses Büro und seine Arbeit der Kreuz-taler Bevölkerung vorzustellen und mehr über die Situation hier vor Ort zu erfahren.
2. Zusätzliche Angebote zur Gewaltprävention bei Jugendlichen sollen in Kreuztal aufgebaut und unterstützt werden.  
Die Verwaltung wird beauftragt Schulen, Jugendtreffs und in der Jugendarbeit tätige Vereine und Institutionen anzuschreiben und dazu aufzurufen, Projekte zur Gewaltprävention und Aufklärung gegen Rechtsradikalismus durchzuführen. Dabei soll auf die Möglichkeit zur Förderung solcher Projekte aus den dafür zur Verfügung gestellten Landesmitteln hingewiesen werden.
3. Die Fachverwaltungen sollen ein Programm zur Aufklärung über den Nationalsozialismus, aber auch über die jüngsten Entwicklungen von Rechtsextremismus und neofaschistischer Aktivitäten in Schulen und Jugendzentren in Kooperation mit der Lehrerschaft und auf diesem Feld aktiven Gruppen und Verbänden entwickeln und die Umsetzung unterstützen. Denkbar wären etwa Geschichtswerkstätten, Exkursionen, Lesungen, Filmvorführungen etc.

#### **Begründung:**

Obwohl das Thema "Rechtsextremismus und Gewalt" gerade in letzter Zeit ins öffentliche Interesse gerückt wurde und auf verschiedenen politischen Ebenen Stellungnahmen, Aufrufe und Erklärungen erfolgten, halten wir eine eindeutige Aussage unseres Rates dazu und die Auseinandersetzung mit diesem Thema hier in Kreuztal für wichtig. Dabei sollte es aus unserer Sicht nicht bei einer Resolution oder Stellungnahme bleiben. Mit den von uns beantragten Maßnahmen kann der Rat u.a. auf bestehende Hilfsangebote für Betroffene (Antidiskriminierungsbüro) hinweisen und sie der Kreuztaler Bevölkerung bekannt machen und für

Aktivitäten in Schulen, Vereinen und Gruppen werben. Gerade vor Ort besteht die Notwendigkeit und die Möglichkeit die politischen Forderungen umzusetzen und zu Handeln.  
Daher würden wir uns sehr freuen, wenn der Rat der Stadt Kreuztal gemeinsam aktiv werden würde.

[Antrag schließen](#)

[Antrag drucken](#)